

13. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

19. Jänner 1955

251/J

Anfrage

der Abg. Rosenberg, Böhm, Dr. Neugebauer,  
 Widmayer und Genossen  
 an den Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft,  
 betreffend die Vorkommnisse in den bäuerlichen Genossenschaften des Burgenlandes.

-.-.-

Die unterzeichneten Abgeordneten haben aus burgenländischen Pressemeldungen im Herbst 1954 erfahren, dass bei bäuerlichen Genossenschaften im Burgenland durch Misswirtschaft und Schiebungen Millionendefizite entstanden sind. Aus der Meldung des "Burgenländischen Bauernbündlers" vom 10. Oktober 1954 ist zu entnehmen, dass tatsächlich grössere finanzielle Verluste bei Lagerhäusern der landwirtschaftlichen Genossenschaften vorgekommen sind und schuldige leitende Angestellte entlassen wurden.

Weiterhin wird in dieser Zeitung mitgeteilt, dass "alles getan wurde, um die Bauern vor allzu grossem Schaden" zu schützen. Es wird ausserdem mitgeteilt, dass Überprüfungen im Gange seien, die aber derzeit unter Revisionsgeheimnis stehen.

Diese Meldungen haben in der bäuerlichen Bevölkerung beträchtliche Verwirrung und Besorgnis hervorgerufen, die dadurch verstärkt wird, dass bis jetzt kein Bericht über die tatsächlichen Vorkommnisse, über die Überprüfung der Missbräuche und über die Höhe des Schadens veröffentlicht wurde. Vor allem ist die Öffentlichkeit darüber beunruhigt, dass nicht nur Gelder der Genossenschaften durch diese Manipulationen verlorengingen, sondern auch öffentliche Mittel, die als Stützung- oder Förderungsbeiträge an bäuerliche Genossenschaften ausbezahlt werden.

Für die Kontrolle der Verwendung von Steuergeldern im agrarischen Bereich ist das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft verantwortlich.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft die nachstehenden

Anfragen:

1. Sind durch die Wirtschaft in einzelnen bäuerlichen Genossenschaften im Burgenland auch öffentliche Gelder verlorengegangen?
2. Falls ja, ist der Herr Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft bereit, dem Hohen Haus einen genauen Bericht über den Umfang des angerichteten Schadens zu geben?
3. Welche Massnahmen wurden durch das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft getroffen, um zu verhindern, dass durch Misswirtschaft oder Zusammenbrüche bei landwirtschaftlichen Genossenschaften auch Steuergelder verwirtschaftet werden?

-.-.-.-